

Protokoll:	Ausschuss für Klima und Umwelt des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	33
		TOP:	2
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	18.09.2020		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold		
Berichterstattung:	Herr Dr. Görres (AfU)		
Protokollführung:	Herr Haupt / pö		
Betreff:	Bericht zum Stand der Energieleitplanung - mündlicher Bericht durch das Amt für Umweltschutz -		

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Datei- anhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll und dem Protokolle exemplar für die Hauptaktei ist sie in Papier- form angehängt.

Herr Dr. Görres (AfU) berichtet im Sinne der angehängten Präsentation zum aktuellen Stand der Energieleitplanung. Hinsichtlich der in der umfangreichen Präsentation aufgeföhrten 32 Fokusgebiete ergä nzt Herr Dr. Görres, im Stadtbezirk Mühlhausen bestehe die Möglichkeit, die Abwärme des dortigen Klärwerks zu nutzen und damit u. a. eine anliegende Gärtnerei mitzuversorgen, die noch eine Kohleheizung betreibe.

Die urbane Energiewende sei nur im Falle einer Wärmewende möglich, so StR Boy (90/GRÜNE). Der Ausbau und die Verdichtung der Fernwärme mache nur Sinn, wenn diese auf erneuerbare Energie umgestellt werde. Auf Nachfrage des Stadtrats zu dem hierzu gemeinsam mit der EnBW in Auftrag gegebenen Gutachten antwortet Herr Dr. Görres, mehrere hierin enthaltene Fragestellungen würden auf juristischer Ebene diskutiert. Er habe den Eindruck, eine ergebnisoffene Zusammenarbeit sei möglich. Im Falle einer möglichen Blockade durch die EnBW gibt er die Zusage, umgehend die gemeinsamen Überlegungen zu beenden und ein eigenes Gutachten zu erstellen. StR Boy erkundigt sich, ob angesichts der hohen Temperaturen und des hohen Drucks eine Umstellung auf ein Fernwärmenetz problemlos durchgeführt werden könne. Ebenso interessiert ihn, warum im Jahr 2040 noch Heizöl im Energiemix enthalten sei. Bei Neubauten sei es im Gegensatz zum Bestand einfacher, klimaneutrale Quartiere zu er-

schaffen. Hierzu begrüßt der Stadtrat, an die von Herrn Dr. Görres vorgestellten Fokusgebiete mit Teilnahme der privaten Eigentümer/-innen heranzugehen. Bedauerlich seien die bei diesem Thema verzögerten Fortschritte. So seien beispielsweise im Stadtbezirk Degerloch nach bereits stattgefundenen Infoabenden keine weiteren Aktivitäten durchgeführt worden. Die Abstimmung mit Stuttgart Netze begrüße seine Fraktion sehr, da somit nicht Erdgas gegen Nahwärme ausgespielt werde. Parallel zu den Infoabenden sei die Miteinbeziehung der Bezirksbeiräte in eine frühzeitige Planung wichtig wie auch die Information der Gemeinderäte über die genauen Zeitpläne aller Fokusgebiete. Beispielsweise sei eine konkrete Aussage im Stadtbezirk Weilimdorf sinnvoll, ob die Nahwärmenutzung im Jahr 2022 oder 2023 begonnen werden könnte. In diesem Fall könnten die vorhandenen Ölheizungen um maximal diesen Zeitraum ertüchtigt werden.

Herr Dr. Görres erklärt, die Verwaltung plane, im Oktober nächsten Jahres die Installation des Wärmenetzes im Stadtbezirk Weilimdorf zu beginnen. Die SWS müssten sich nun erklären, ob diese Umsetzung möglich sei, da die dortige Bürgerschaft nicht länger vertröstet werden dürfe. Den Vorschlag der Einbindung der Bezirksbeiräte der LHS bezeichnet er als gut, allerdings bringe dies aufgrund der Vielzahl der Bezirksbeiräte/-innen einen großen Aufwand mit sich. Zwei zusätzliche Personalstellen seien hierzu geschaffen worden, die zudem die KfW-Anträge in den Quartieren stellen würden. Dadurch werde sich zukünftig eine zügigere Dynamik ergeben.

StR Kotz (CDU) betont, wichtiger als die Aussage "Energiewende ist Wärmewende" ist die Wärmeeinsparung. Daher begrüße seine Fraktion das im Haushalt beschlossene umfangreiche Zuschussprogramm für Energieeinsparung in Gebäuden (Fassadendämmung, Fenstererneuerung, Dachboden usw.). Herr Dr. Görres stimmt der Auffassung zu, die Energieeinsparung sei vorrangig. Das Beispiel im Stadtbezirk Weilimdorf werde dieses sehr gut zeigen, da die Energieeinsparung mit zunehmender Anschlussquote stetig sinken werde.

StR Kotz stimmt StR Boy zu, die Zeitabläufe bei dezentralen Gebäudesanierungen beschleunigen zu müssen. Private Eigentümer/-innen könnten eher für die Gebäudedämmung mit dem Argument der Energieeinsparung gewonnen werden als mit der Begründung, einen höheren regenerativen Energieanteil bei Anschluss an ein Nahwärmenetz zu erhalten. Nach einer zügigen Sanierung der Gebäude könne daraufhin ein passgenaues Energieangebot erstellt werden. Der Aspekt eines größeren oder kleineren Wärmenetzes biete an sich keinen energetischen Vorteil, sondern die Form der Wärmeerzeugung. Vorteilhaft sei dabei zum einen die Möglichkeit einer Abnahme eines Wärmeüberschusses beispielsweise bei großen Kühlanlagen, wie es bei der Kombination der Eishalle und der neuen Sporthalle im Stadtbezirk Degerloch der Fall sei. Ebenso treffe dieser Aspekt auf Rechenzentren und große Industriebetriebe zu. Zum anderen sei die Möglichkeit von regenerativ erzeugten Energien positiv zu bewerten. Aufgrund der Auflagen des erneuerbaren Energiegesetzes müsse jeder Haushalt bei der Erneuerung seiner Heizung einen gewissen Anteil an regenerativen Energien vorweisen. Der Vorteil eines Nahwärmenetzes mit regenerativer Energieerzeugung in einer größeren Zentrale und der Produktion in einem einzelnen Gebäude verringere sich, da vor Ort modernste Technik eingesetzt werde und der gesetzlich vorgeschriebene Anteil regenerativer Energien selber erbracht werde. Einigkeit bestehe darin, dass in 30 Jahren nicht mehr das klassische Erdgas durch die Leitungen ströme. Vielmehr werde das Gas aus dem "Power-to-Gas-Verfahren" hergestellt sein. Aufgrund dieser Variante erhalte man ein ähnliches regeneratives und attraktives Angebot wie mit einem großen, mit Geothermie verbundenen Nahwärmnetz. Der gesamte Themenbereich müsse in seiner umfangrei-

chen Komplexität betrachtet werden. Die Stilllegung und der Rückbau eines gut erhaltenen Gasnetzes und anstelle dessen die Installation eines Fern- oder Warmwärmenetzes stelle einen großen Aufwand dar. Daher müsse der Zustand des Gasnetzes in den einzelnen Gebieten genau geprüft werden. Seine Fraktion unterstütze die Energieleitplanung der LHS, wolle jedoch den Blick dahingehend erweitern, dass Fernwärme nicht nur Vorteile mit sich bringe. Die Verwaltung prüfe in jedem Gebiet den Zustand des Gasnetzes, betont hierzu Herr Dr. Görres.

Eine Energiewende sei nur in Kombination von der Erzeugung erneuerbarer Energien mit gleichzeitiger Energieeinsparung möglich, betont StR Rockenbauch (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei). Schließlich sei das Potenzial für erneuerbare Energien begrenzt. Die in der Präsentation dargestellten Folien bezeichnet der Stadtrat als schlüssig. Bei der Grundeinteilung der Stadt sowie der Analyse der vorhandenen Netze und der Topographie sei es wichtig, an welchen Stellen Abwärme genutzt werden könne. Da zukünftig im Stadtkessel der Kältebedarf zunehmen werde, stelle sich die Frage, ob dieser Aspekt ebenso berücksichtigt werden müsse. Schließlich werde der Strombedarf aufgrund der Kühlung steigen, und viele kleine dezentrale Anlagen könnten das sich abzeichnende Problem nicht lösen. Hierzu erkundigt sich StRin Köngeter (PULS), ob der gleichzeitig vorhandene Wärmeüberschuss im Sommer gespeichert und im Winter mitgenutzt werden könne.

BM Pätzold gibt zu bedenken, das Thema "Anpassung an den Klimawandel" dürfe nicht durch den vermehrten Einsatz von Klimageräten gelöst werden. Dieses würde zu einer Erhöhung des Stromverbrauches und klimatologisch zu einer zusätzlichen Erhitzung im Stuttgarter Talkessel führen. Vielmehr müssten passive Systeme wie Nachtabkühlung herangezogen werden. Herr Dr. Görres ergänzt, die Verwaltung habe intensiv geprüft, ob Kältenetze in der Stadt sinnvoll wären. Im Gebiet NeckarPark sei von diesem Gedanken Abstand genommen worden, da stets gleichzeitig ein Kälte- und Wärmebedarf bestehe. Der Ursprungsgedanke habe vorgesehen, je nach Jahreszeit ein Hochtemperatur- und Niedrigtemperaturnetz zu betreiben. Die Prüfung habe allerdings ergeben, dass diese Kopplung nicht funktioniere, sondern ein eigenständiges Kältenetz benötigt werde. Dies sei wirtschaftlich nicht darstellbar. Zwar könne mit einer Absorptionskältemaschine aus Fernwärme im Hochtemperaturbereich Kälte erzeugt werden, allerdings könnten auf diese Weise nicht die Vorlauftemperaturen reduziert werden. Daher müsse der Aspekt Kälte im jeweiligen Gebäude gelöst werden. So nutze beispielsweise im Sommer die Uhlandschule mit einer entsprechenden Pumpe die Geothermie für eine bessere Temperierung. BM Pätzold ergänzt, bei der Uhlandschule bestehe zusätzlich ein einfaches mechanisches System, bei dem nachts eine Durchlüftung stattfinde.

Hinsichtlich einer Verlagerung von Sommerwärme in die Wintermonate erläutert Herr Dr. Görres, im Bereich der Speichertechnik habe es keine fundamentalen Veränderungen gegeben. Das Problem stellten weniger die Energieverluste in den Wärmespeichern dar, sondern vielmehr die Hydraulik. Da die Schichtungen in den Großspeichern verloren gingen, funktionierten diese nicht zufriedenstellend. Bei der Energiewende werde dieser Aspekt auf ein wesentlich geringeres Temperaturniveau gesenkt. Während in der Vergangenheit das Temperaturniveau bei etwa 80 Grad Celsius gelegen habe, pendele es in der heutigen Zeit in einem Bereich von lediglich einem Grad Celsius. Dagegen werde die dezentrale Speicherung eine wichtige Rolle spielen, da jedes Gebäude neben einem Wärmespeicher einen Stromspeicher benötige, um die Versorgung miteinander intelligent zu verknüpfen. StRin Schanbacher (SPD) verweist auf die Stadt Wien, in der parallel zum Fernwärmenetz ein Fernkältenetz ausgebaut worden

sei. Sie schlägt vor, in einer der nächsten AKU-Sitzungen über die Vor- und Nachteile eines Fernkältenetzes in Stuttgart zu berichten. Herr Dr. Görres habe zwar die Schwierigkeiten bei der Errichtung eines gesamten Fernkältenetzes vorgestellt, aber es könne beispielsweise in einem Synergiepark interessant sein, Gebäude mit einem Fernkältenetz zu versorgen. Die Grundlagen hierzu müssten möglichst frühzeitig geschaffen werden. Herr Dr. Görres stimmt dem Vorschlag der Berichterstattung zu.

Bei dem Thema Verdichtung und Erweiterung der Fernwärme müsste nach Auffassung von StR Rockenbauch nach weiteren alternativen erneuerbaren Energiequellen geforscht werden. Seine Fraktion begrüße das geplante Gutachten zur Transformation der Fernwärme. Eine Förderung für neue Erdgasheizungen beim Austausch von vorhandenen Einzelöfen lehnt der Stadtrat ab. Besonders in Verdichtungsgebieten dürfe keine fossile Infrastruktur aufgebaut werden. Vielmehr müsse eine klare Priorität für die Fernwärmeverdichtung und -erweiterung bestehen. Bei der Transformation des existierenden Fernwärmenetzes sei der Ansatz auf der einen Seite begrüßenswert, dieses Vorhaben mit der EnBW als Netzeigentümer durchzuführen. Auf der anderen Seite sei es angesichts des laufenden Gerichtsverfahrenes nachteilig, wenn die EnBW mit ihrer fossilen Struktur und allen Energieabhängigkeiten als zentraler konzeptioneller Partner gewählt würde. Vielmehr müsse eine funktionierende Alternativplanung dagegengestellt werden. Die LHS benötige hierzu eine eigene technische und wirtschaftliche Einschätzung, dass eine Transformation umsetzbar wäre. Nur unter dieser Voraussetzung könne sie auf Augenhöhe mit der EnBW verhandeln und darlegen, wie der Kohle- und Gasausstieg beschleunigt werden könne. Interessant sei die Frage, wie mit erneuerbaren Energien und Energieeinsparung gute Einzellösungen erzielt werden könnten und welche Produkte hierzu die SWS anbieten würden.

Bei dem Bau großer Wärmenetze sieht er die SWS als primären Partner. Verschiedene Unternehmen verfügten zwar über eigene Netze, allerdings endeten diese im Gegensatz zu großen Netzen an den Grundstücksgrenzen. Daher könne er sich eine Miteinbeziehung und eine Vernetzung mit entsprechenden Unternehmen vorstellen. Den Hauptakteur für die großen Netze müssten jedoch die SWS darstellen. Er erkundigt sich, ob die SWS mit genügend Personal und Ressourcen ausgestattet seien, um die Projekte zu stemmen. In diesen Bereich müsse zügig investiert werden, um nach der übergeordneten Planung durch die Stadt bei der Umsetzung keine Schwierigkeiten seitens der SWS zu bekommen. Diese müssten umgehende Angebote erstellen, bevor sich der Eigentümer/die Eigentümerin oder der Mieter/die Mieterin für eine Wärmeversorgung außerhalb eines großen Wärmenetzes entscheide. Die Stadt müsse uneingeschränkt die SWS als privilegierten Partner positionieren. Der Stadtrat erkundigt sich, wie die Wärmewende insgesamt zügiger gestaltet werden könne. Zwar könnten die Treibhausgasemissionen aufgrund der Wärmeversorgung schon früher um einige Prozent reduziert werden. Die Umsetzung der Energiewende bis zum Jahr 2050 sei allerdings zu spät. Herr Dr. Görres betont, die großen Wärmenetze der LHS befänden sich in der Hand der SWS.

StRin Schanbacher erläutert, mehrere Bürger/-innen hätten sie bereits zum aktuellen Stand der Energieleitplanung und Wärmewende angefragt. Daraus spreche nicht nur das Interesse an diesem Thema, sondern auch eine gewisse Frustration. Stuttgart nehme hinsichtlich einer sozial verträglichen Energiewende keine Vorreiterrolle in Deutschland ein. Daher sei der heutige Bericht zu diesem Thema sehr positiv zu bewerten. Die Stadträtin würde es begrüßen, regelmäßig im Ausschuss über die Fortschritte in diesem Bereich informiert zu werden, um die erhaltenen Informationen an die Bür-

gerschaft weitergeben zu können. Mehrere positive Beispiele der Energiewende in der LHS seien vorgestellt worden, wie beispielweise in Degerloch-West, wo die Holzheizung einer Schule eine Ankerfunktion für ein Quartier besitze und dieses mitversorge. Wichtig sei der Aspekt von Gas-Blockheizkraftwerken (BHKW), welche die Spitzenlast abfangen könnten. Diese BHKWs würden daher übergangsweise benötigt und zu einem späteren Zeitpunkt durch erneuerbares Gas ersetzt. Ebenso könnten die Wärmenetze auf diese Weise klimaneutral umgestellt werden. Die Stadträtin erläutert, im Rahmen des Klimaschutzpakets habe ihre Fraktion beantragt, jährlich zehn Quartiere mit Wärmekonzepten zu entwickeln. Angesichts der von Herrn Dr. Görres dargestellten aktuell in der Vorplanung befindlichen vier Quartiere und zwei zusätzlich eingestellten Quartiersmanagern sei dieses Ziel noch weit entfernt. Ihre Frage, ob die Entwicklung von zehn Quartieren im Jahr 2021 möglich sei, bejaht Herr Dr. Görres. Im laufenden Jahr werde diese Anzahl nicht erreicht. StRin Schanbacher erinnert, dass im Klimaschutzpaket hinsichtlich des Umbaus der Energieversorgung auf erneuerbare Energien Gespräche zwischen Stadt, Land und EnBW zum Thema Fernwärme beschlossen worden seien. Hierzu müsse der Termin noch festgelegt werden, so Herr Dr. Görres. BM Pätzold ergänzt, für die Terminierung bedürfe es einer Abstimmung auf verschiedenen Ebenen.

Hinsichtlich der Einbindung der Bürgerschaft in die Projekte, so StRin Schanbacher, habe Herr Dr. Görres ausgeführt, erst nach der Information der Bürgerschaft werde eine Umsetzungsentscheidung getroffen. Diese Vorgehensweise stellt aus Sicht der Stadträtin den falschen Weg dar. Es könne der Fall eintreten, mehrere Bürger/-innen würden sich für ein alternatives Wärmekonzept entscheiden, doch dieses würde später aufgrund zu geringer Beteiligung abgelehnt. Die betroffenen Bürger/-innen würden keine weitere Informationsveranstaltung mehr besuchen. Dabei stelle die Akquise der Bürgerschaft jedoch die eigentliche Aufgabe dar. Bei Quartierslösungen sei der Umbau lediglich der Energieversorgung nicht ausreichend. Vielmehr gehöre hierzu die energetische Sanierung. In Quartieren, in denen die Energieversorgung nur sehr schwer umgebaut werden könne, müssten andere Maßnahmen ergriffen werden. Sie bedauert, dass vor der Sommerpause kein Beschluss zu einer möglichen Förderung dieser Konzepte durch das Energieberatungszentrum (EBZ) getroffen wurde. Bei Vorliegen derartiger Instrumente könne der Bürgerschaft bei Informationsveranstaltungen bereits mitgeteilt werden, welche finanzielle Fördermöglichkeiten hierzu bestünden. Hierzu betont Herr Dr. Görres, bei der Informationsveranstaltung handele es sich nicht um ein Einmalereignis, und die Verwaltung warte nicht ab, wie viele Bürger/-innen sich beteiligten. Vielmehr treffe die Verwaltung eine Abschätzung. Vor einer Veranstaltung müsse klar sein, zu welchem Zeitpunkt die Umstellung erfolge und mit welchen Kosten sie verbunden sei. Somit könnten entsprechende Fragen aus der Bürgerschaft konkret beantwortet werden.

Zu der Aussage von Herrn Dr. Görres, in den nächsten 10 Jahren müssten entsprechende Gebiete mit Wärmenetzen erschlossen werden, bemerkt StRin Schanbacher, das Klimaschutzgesetz des Landes gebe vor, bereits im Jahr 2023 müsse die Energieleitplanung für die LHS festgelegt sein. Herr Dr. Görres erklärt, so wie sich die Wärmeleitplanung derzeit in der Gesetzeslage darstelle, liege die Verwaltung im Zeitplan. Ob die Stadt mit den bereits erarbeiteten Vorschlägen das Endergebnis geliefert habe, sei jedoch noch unklar. Es werde abgewartet, wie das Umweltministerium die Ausgestaltung der Wärmeleitplanung im Detail bewerte. Bis zum Jahr 2023 müsse ein endgültiges Ergebnis vorgelegt werden. Ein Gesamtabschluss dieses Themas werde in den nächsten zehn Jahren nicht möglich sein, da neben der Planung ebenso die Umsetzung nötig sei. Die Frage, woher das Gas geliefert werde, stelle eine wichtige Frage dar.

Falls die Vorgaben lediglich Wasserstoff vorgeben würden, was aus Gründen der Energieeffizienz richtig sei, müsste in den einzelnen Gebäuden ein großer Aufwand betrieben werden. Ebenso habe Herr Dr. Görres mitgeteilt, so StRin Schanbacher, vor ihrem weiteren Ausbau müsse die Fernwärme zunächst eine andere Qualität aufweisen. Hierzu ist die Stadträtin geteilter Meinung: Die Fernwärme müsse richtigerweise zu einem späteren Zeitpunkt klimaneutral werden, jedoch dürfe die Bürgerschaft nicht erst in Jahrzehnten an das Netz angeschlossen werden. Die Topographie in der LHS werde stets als Problem für die Wärmenetze angeführt. Es sei technisch durchaus möglich, Fernwärmenetze ebenso in Hanglagen zu errichten, allerdings stelle sich dort die Frage der Rentabilität. Ihrer Fraktion sei es wichtig, in Hanglagen ebenso Fernwärme zu installieren. BM Pätzold bemerkt hierzu, der hinzukommende Energiebedarf aufgrund des Einsatzes zusätzlicher Pumpen muss berücksichtigt werden. Vielmehr sei eine gesamtheitliche Betrachtung der Nettoenergiebilanz wichtig. So könne in Gebieten wie im Stadtteil Dachswald besser ein Netz mit wenigen zusammenhängenden Gebäuden errichtet werden als ein großes Gesamtnetz.

Hinsichtlich der SWS betont StRin Schanbacher, diese seien als Daseinsvorsorge für die Stadt gegründet worden. Die Energiewende müsse sozial verträglich umgesetzt werden. Lediglich die SWS verfügten über ein zusammenhängendes Energieversorgungsnetz in der LHS. Eine mögliche Einbindung weiterer Energieversorger in die von der Verwaltung entwickelten Wärmekonzepte empfinde sie als ein Alarmsignal. Schließlich seien hohe finanzielle Mittel in die SWS investiert worden, um die Aufgabe der Energiewende zu bewältigen. Eine Schwächung der SWS wäre fatal, da sie den Motor der Energiewende darstellten. Das geplante gemeinsame Gutachten mit der EnBW bezeichnet die Stadträtin als richtiges Vorgehen, und die Umsetzung solle zügig erfolgen.

BM Pätzold betont, die SWS stellten den zentralen Partner der Stadt dar. Allerdings seien weitere Energieanbieter wie die EnBW in der Stadt vorhanden, die ebenso über eine entsprechende Infrastruktur verfügten. Die Verwaltung wolle mit dem Ausbau der Nah- und Fernwärme nicht bis zum Besitzübergang der Netze abwarten. Dabei könne sich durchaus eine Unterstützung der EnBW ergeben. Die Fernwärme dürfe perspektivisch allerdings nicht aus Kohle oder Erdgas erzeugt werden, sondern müsse auf erneuerbare Energien umgestellt werden. Ebenso dürfe nicht Ziel sein, Biogas aus riesigen Maisfeldern im ländlichen Raum zu produzieren. Herr Dr. Görres bekräftigt, die SWS seien primärer Ansprechpartner für die Stadtverwaltung. Bei der Betrachtung aller städtischen Wärmenetze werde mit den SWS kommuniziert. Es könne allerdings nicht ausgeschlossen werden, dass ein Investor über ein eigenes Netz verfüge oder ein anderer Energieversorger zum Zuge komme. Die Frage nach Verzögerung in der Umsetzung der Energiewende stelle ein Thema für die nächste SWS-Aufsichtsratssitzung dar.

Hinsichtlich der Prozessabwärme erkundigt sich StRin Schanbacher, ob die Verwaltung hierzu aktiv Unternehmen akquiriere, da einige Unternehmen diese Abwärme selber nutzten. Es existierten unterschiedliche Ansichten darüber, welches Potenzial in der Prozessabwärme enthalten sei. Herr Dr. Görres betont, dieses wichtige Thema sei in einem Arbeitskreis bereits mit Industrieunternehmen diskutiert worden. Eine große Anzahl der Unternehmen sei in diesem Bereich aktiv, und derzeit befinde sich zu diesem Thema eine Abwärmestudie in Bearbeitung. Der Prozesswärmebereich befinde sich in Veränderungsprozessen. Da sich vor allem die großen Unternehmen zur Klimaneutralität bekannt hätten, spiele die Prozessabwärme eine große Rolle.

StR Zaiß (FW) betont, die dargestellte Energieleitplanung befinde sich auf einem guten Weg. Das Thema "Energieversorgung in Form von Fernwärme" stelle eine Generationenaufgabe dar und sei nicht in kurzer Zeit umsetzbar. Wichtig sei der Aspekt der Energieeinsparung. Diejenigen Gebiete, in denen die Transformation leicht möglich sei, seien den problematischen Gebieten vorzuziehen. Zu dem Zeitpunkt, wenn die Bürgerschaft das alternative Energieangebot wahrnehme, entwickle sich automatisch eine Nachfrage nach der kostengünstigeren Variante. Er erkundigt sich nach den Voraussetzungen für Geothermie, da in der LHS die hohe Anzahl an Gipskeuperböden problematisch sei. Zu diesem Thema gebe es seit langer Zeit die klare Aussage des AfU, so Herr Dr. Görres, im Falle des Auftretens von Gipskeuper werde keine Geothermie genutzt. Der Gipskeuper werde an keiner Stelle angetastet. Die anfängliche Kritik an dieser Auffassung sei nach den Ereignissen in der Stadt Staufen eingestellt worden. Es sei nicht bekannt, an welchen Stellen Gipskeuper in der LHS auftrete. Dieser könne schon in 40 Meter oder erst in 140 Meter auftreten, da die Geologie in Stuttgart sehr heterogen sei. Für die einzelnen Gebiete erhalte man durch Einzelbohrungen zwar einen Anhaltspunkt für das Vorliegen von Gipskeuper, jedoch könne sich die Situation in geringer Entfernung der Bohrung völlig anders darstellen.

Hinsichtlich der von Herrn Dr. Görres dargestellten zeitlichen Entwicklung der Energieträgeranteile erkundigt sich StRin Königeter nach der Abgrenzung zwischen Biomasse und erneuerbarem Gas. Ebenso interessiert sie die Herkunft des erneuerbaren Gases. Herr Dr. Görres erklärt hierzu, die Sammlung von Abfällen durch die EnBW brächte biogenes Material mit sich. Dies mache einen Anteil von 16 % aus (Holz, Grünrückschnitt usw.). Hinsichtlich der Differenzierung zwischen erneuerbarem Gas und Biomasse führt Herr Dr. Görres aus, erneuerbares Gas könne aus Biomasse entstehen. Erneuerbares Gas werde außerhalb der LHS entweder im "Power-to-Gas-Verfahren" oder von einzelnen Biogasanlagen erzeugt. Die Stadt produziere selber biogenes Gas in den Kläranlagen. Bei Biomasse handele es sich um festes Material wie Holz, Hackschnitzel, Pellets usw. Zusätzlich werde auch die Nutzung der Laubtrocknung und -pressung geprüft.

StRin Schanbacher erläutert, nach Darstellung von Herrn Dr. Görres lägen 15 % des Wärmebedarfs der Stadt im Erweiterungsgebiet der Fernwärme. Dabei stelle der Ausbau der Fernwärme in einigen Quartierskonzepten ein Ziel dar. Sie erkundigt sich, ob die Stadt ebenso Akquise für andere Energieanbieter durchführe. Herr Dr. Görres betont, es sei schwierig, die von der Stadt durchgeführte Fernwärmeakquise in Zahlen zu fassen. Wenn ein Förderprogramm beim Ölkesselaustausch als Alternative ausschließlich einen Fernwärmeanschluss vorsehe, sei dies noch keine eigentliche Akquise. Vielmehr werde eine Energieleitplanung benötigt und eine verlässliche Aussage über die Umstellung auf Fernwärme.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt BM Pätzold fest:

Der Ausschuss für Klima und Umwelt hat vom Bericht zum aktuellen Stand der Energieleitplanung Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Haupt / pö

Verteiler:

- I. Referat SWU
zur Weiterbehandlung
Amt für Umweltschutz

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Stadtkämmerei (2)
 3. Rechnungsprüfungsamt
 4. L/OB-K
 5. Hauptaktei

- III.
 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 2. CDU-Fraktion
 3. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 4. SPD-Fraktion
 5. FDP-Fraktion
 6. Fraktion FW
 7. AfD-Fraktion
 8. Fraktionsgemeinschaft PULS